

Herrn Bürgermeister
Franz Dobusch
Altes Rathaus, Linz

Antrag gem § 12 StL 1992 betreffend:

Resolution – Gerechte Verteilung der Feuerschutzsteuermittel

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

für alle Feuerversicherungen werden von juristischen und natürlichen Personen in Österreich acht Prozent der Versicherungsprämie als „Feuerschutzsteuer“ bezahlt. Ihr bundesweites Aufkommen von rund 59 Mio. € im Jahr 2009 wird im Zuge des Finanzausgleichs zwischen den Bundesländern zur Finanzierung der Brandverhütung und des Feuerwesens aufgeteilt, wobei auf Oberösterreich gesetzlich geregelt davon rund 10,5 Mio. € (17,8%) entfallen.

Das Land Oberösterreich verteilt diese Mittel weiter, wobei jedoch nur rund 0,7 Prozent als Transferzahlung an die Stadt Linz (Berufsfeuerwehr) fließen. Im Vergleich zu insgesamt 10.500.000 € sind diese 73.000 € bemerkenswert niedrig (Quelle: Budget-Voranschläge des Jahres 2009 von Stadt Linz und Land OÖ).

Diese Aufteilung innerhalb des Bundeslandes ist in mehrerlei Hinsicht ungerecht und steht in völligem Widerspruch zu handfesten Tatsachen:

Einerseits bezahlen die Linzer Bevölkerung und Unternehmen etwa ein Fünftel (20%) der in Oberösterreich anfallenden Feuerschutzsteuer. Geschätzt stehen Steuerleistungen in Höhe von rund 2 Mio. € lediglich Transferzahlungen im Ausmaß von 0,073 Mio. € gegenüber. Die Linzer Bevölkerung und Unternehmen bezahlen somit etwa das 27-fache jener Leistung, die wieder an die Stadt Linz „zurückfließt“.

Auch die Bevölkerungszahl der Stadt macht mit rund 190.000 Einwohnern immerhin 14% des Landes Oberösterreich mit 1,4 Mio. Einwohnern aus und unterstreicht das derzeitige Missverhältnis der Transferzahlungen.

Weder in Bezug auf finanzielle Leistungen oder die Bevölkerungszahl, noch auf vorhandene Risikofaktoren (in Linz sind deutlich mehr Feuergefahrenquellen vorhanden) ist somit die äußerst geringe Höhe der Transferzahlungen an die Stadt Linz gerechtfertigt.

Auf den Punkt gebracht zahlen die Linzerinnen und Linzer für ihren Feuerschutz doppelt, indem einerseits Feuerschutzsteuer anfällt, die nur in sehr geringem Maß für Linz eingesetzt wird, und andererseits die Stadt Linz mit ihren sonstigen Einnahmen (wie z. B. Kommunalsteuer, Ertragsanteile) die Linzer Feuerwehr finanzieren muss.

In diesem Zusammenhang stellen wir den Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Linz beschlieÙe folgende

Resolution an die oberösterreichische Landesregierung:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Linz ersucht die oberösterreichische Landesregierung, die jährlichen Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer gerecht zu verteilen, sodass die Stadt Linz (Berufsfeuerwehr) einen angemessenen Anteil erhält, welcher der Bevölkerungszahl, der Feuerschutzsteuer-Leistung und den Risikofaktoren in Linz tatsächlich Rechnung trägt.

Die Transferzahlung des Landes an die Stadt sollte sich dabei am Aufkommen der Feuerschutzsteuer in Linz in Relation zum landesweiten Aufkommen orientieren, ohne dabei die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehren in Oberösterreich zu gefährden.

Wir ersuchen Sie, diesen Antrag in die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung aufzunehmen.

Berichterstatter: StR Detlef Wimmer

Linz, am 04.01.2010